



Für ein europäisches Baden-Württemberg – europapolitisches Anliegen für die Landtagswahl 2026

*Beschluss der Landesversammlung
vom 26./27. Juli 2025 in Freudenstadt*

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas und ist mit seinen europäischen Nachbarn am Oberrhein, am Hochrhein, am Bodensee und über die Donau eng verbunden. Europäischer Austausch prägt die Geschichte und Kultur unseres Landes. Die europäische Einigung hat die Grundlage für den wirtschaftlichen Wohlstand und die Innovationskraft Baden-Württembergs geschaffen. Im Jahr 2025 können wir auf acht Jahrzehnte Frieden zurückblicken, dessen Bewahrung nur im Rahmen einer starken Europäischen Union möglich ist.

Die überparteiliche Europa-Union Baden-Württemberg erinnert daher an den Auftrag aus der Verfassung des Landes Baden-Württemberg „dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken“.

Für die Landtagswahl am 8. März 2026 fordert die Europa-Union alle Parteien auf, sich zu diesem Ziel zu bekennen und es durch konkrete Politik umzusetzen. Wir fordern insbesondere von einer zukünftigen Landesregierung und den kommenden Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg:

1. Den Einsatz für die Weiterentwicklung der Europäischen Union nach föderalen Grundsätzen entsprechend des Hertensteiner Programms von 1946. Dies betrifft insbesondere die Abschaffung der Einstimmigkeit bei Entscheidungen im Rat der EU, die Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts mit transnationalen Wahllisten und eine entscheidende Rolle des Europäischen Parlaments bei der Wahl der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten.
2. Die Fortsetzung und Intensivierung einer aktiven Europapolitik des Landes mit einer starken Präsenz in Brüssel und Straßburg, die sich mit konkreten Vorschlägen und Initiativen auf EU-Ebene einbringt. Den Einsatz für mehr europapolitische Debatten im Landtag.
3. Den Einsatz für Straßburg als europäische Hauptstadt und Sitz des Europäischen Parlaments und zahlreicher weiterer europäischen Einrichtungen.
4. Die Förderung des europäischen Gedankens im Land durch eine gestärkte Förderung der ehrenamtlichen Europa-Arbeit insbesondere für Jugendliche.
5. Die Ausweitung der Förderung von kommunalen Partnerschaften beispielsweise durch Zuschüsse für ehrenamtliche Partnerschaftsarbeit und Begegnungen.
6. Den Einsatz für die Errungenschaften des Abkommens von Schengen, insbesondere die dauerhafte Sicherung der Freizügigkeit durch den Wegfall von Grenzkontrollen, um die gewachsenen Lebens- und Arbeitsräume, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtungen in den Grenzräumen zu erhalten.
7. Die weitere Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und am Bodensee bei wichtigen Zukunftsthemen wie Innovation, Wirtschaft, Energie, Digitalisierung, Mobilität, Bildung und Gesundheit.
8. Den Einsatz für den Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen wie die Bahnstrecken Freiburg-Colmar oder Rastatt-Hagenau und für die Schaffung vereinfachter grenzüberschreitender Tarife im ÖPNV.
9. Die weitere Stärkung des Engagements des Landes in der EU-Strategie für den Donaauraum mit dem Ziel, einen Beitrag zum Zusammenwachsen dieses Raums und zur Integration der

Ukraine, Republik Moldau, von Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina in die EU zu erreichen.

10. Den weiteren Ausbau der Europabildung an allen Schularten beginnend bei der Grundschule und die verstärkte Förderung von Austauschaktivitäten für Schülerinnen und Schülern mit Partnerschulen in Europa.
11. Die weitere Förderung von Französisch als Fremdsprache insbesondere in den weiterführenden Schulen.
12. Den Einsatz für den Erhalt von Arte als europäischem Informations- und Kulturkanal, auch mit zusätzlichen digitalen Angeboten.
13. Den Einsatz für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch weitere Freihandelsabkommen.
14. Den Einsatz für die Vertiefung des Binnenmarkts, einschließlich bürokratiearmer Regelungen und weiterer Vereinfachungen durch die europäische Gesetzgebung sowie bei der Umsetzung von EU-Recht im Land darauf zu achten, dass diese ohne zusätzliche Belastungen erfolgt.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 17.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 31 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 7 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören derzeit 55 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD), Evelyne Gebhardt (SPD) und Chantal Kopf MdB (Bündnis90/DieGRÜNEN) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Medienreferent

E-Mail: daniel.frey@eubw.eu

Webseite: <https://eubw.eu>